

**Gemeinsame Erklärung der CDU-Landtagsfraktionen von
Sachsen-Anhalt und Sachsen zum Thema „Fernstraßen-Bundesamt in Leipzig –
Auswirkungen für Sachsen und Sachsen-Anhalt“
anlässlich der Klausurtagung am 14. August in Dresden**

Bundesbehörde schafft qualifizierte Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern

Mit der Vorstellung der Standortkonzepte zur Infrastrukturgesellschaft Autobahnen (IGA) im April dieses Jahres auf der Verkehrsministerkonferenz in Nürnberg wurde ein weiterer wichtiger Schritt hin zur Neuordnung der Bundesfernstraßenverwaltung gegangen. In der vergangenen Legislaturperiode wurde beschlossen, dass der Bund ab 2021 die Verantwortung für die Bundesautobahnen übernimmt. Knapp 13.000 Kilometer Autobahn bundesweit werden dann in der Zuständigkeit der Infrastrukturgesellschaft liegen.

Mit dem Fernstraßen-Bundesamt kommt eine Bundesbehörde mit insgesamt über 1000 Mitarbeitern nach Leipzig. Halle wird der Sitz der Niederlassung Ost der Infrastrukturgesellschaft Autobahnen. Mit perspektivisch 1660 Kilometer Autobahn wird diese die zweitgrößte Niederlassung der IGA sein. Hinzu zählen Außenstellen in Magdeburg, Erfurt und Dresden, insgesamt 18 Autobahnmeistereien und zwei Fernmeldezentralen. Die Bundesstraßen verbleiben in der Verantwortung des Landes, was aus Sicht der CDU-Fraktionen auch richtig und vernünftig ist.

Die CDU-Fraktionen der Landtage aus Sachsen und Sachsen-Anhalt bewerten die Standortzuweisung als ein richtiges Signal für die neuen Bundesländer. Das bedeutet eine Ansiedlung vieler hochqualifizierter Arbeitsplätze für unsere Region. Positiv einzuschätzen ist, dass die örtliche Nähe des Fernstraßen-Bundesamtes zur Niederlassung Ost der Infrastrukturgesellschaft und zu den Standorten der Landesstraßenbauverwaltungen beider Länder eine Zusammenarbeit auf kurzen Wegen ermöglicht. Darauf können sowohl Sachsen als auch Sachsen-Anhalt stolz sein. Es ist zu begrüßen, dass bei der Besetzung der Behörde auf die Expertise der Mitarbeiter vor Ort gesetzt wird. Nichtsdestotrotz setzen sich beiden Landtagsfraktionen dafür ein, dass über alle personalrelevanten Entwicklungen transparent informiert wird.

Um einer verschärften Konkurrenzsituation bei der künftigen neuen Fachpersonalgewinnung für Fernstraßen-Bundesamt, Infrastrukturgesellschaft und Landesstraßenbauverwaltungen entgegenzuwirken, befürworten die Fraktionen, umgehend eine dauerhafte Ausbildungsoffensive „Straßenwesen“ von Bund und Ländern einzuleiten. Nur so kann es gelingen, bundesweit ein einheitliches Qualitätsniveau unseres Fernstraßen- und Landesstraßennetzes sicherzustellen.

Die CDU-Fraktionen erklären weiterhin, dass es mit der Neuordnung der Bundesfernstraßenverwaltung keine Privatisierung unserer Autobahnen geben wird. Es ist in unserem Interesse, dass der Bund grundgesetzlich Eigentümer bleibt und ÖPP-Projekte lediglich auf einzelnen Streckenabschnitten weiterhin möglich sind.